



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die bevorstehenden Wahlen in Hannover.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die bevorstehenden Wahlen in Hannover.

Gleich der bayerischen Regierung hat auch die hannoversche geglaubt, die fälligen Wahlen zur Ständeversammlung vornehmen lassen zu sollen, so lange das bismarcksche Regiment in Preußen der Nationalpartei ihre hauptsächlichste Hoffnung zu entziehen scheint. Wie in Bayern, so ist in Hannover den Wahlen eine lebhaftere Thätigkeit der großdeutschen Partei in ihren neugebildeten Vereinen vorhergegangen. Auch ist die hannoversche Fortschrittspartei durch den Entschluß der Regierung ebenfalls ein wenig überrascht worden. Ohne ein volles Maß von Energie und Takt wird sie im Wahlkampf geschlagen werden. Im Uebrigen aber hat sie die Gunst eines gründlich vorbereiteten Bodens und einer leicht zu benutzenden alten Organisation vor ihrer bayerischen Schwester voraus, so daß sie nicht wie diese bloß für eine numerisch und moralisch verstärkte Minderheit, sondern für die Mehrheit in der Volksvertretung kämpft.

Die Erinnerung an das pfordten-reigersbergische Regiment, das 1858 fiel, ist in Bayern schon ziemlich erloschen; das Gedächtniß der Grafen Borries und Kielmansegge ist in Hannover noch frisch genug, um auf die politische Haltung des Volks seinen Einfluß zu üben. Die bayerische Reaction hatte sich zudem wenigstens der Deroirungen enthalten, in denen die hannoversche Reaction förmlich geschwelgt hat. König Max endlich hat die Nothwendigkeit des Liberalismus offenbar bis auf einen gewissen Punkt begriffen und verwendet ihn unter anderm auch als ein Element seiner auswärtigen Politik, während von König Georg noch nicht feststeht, ob er den Absolutismus wirklich für eine überwundene und unmöglich gewordene Staatsform ansieht. Diese Unterschiede lassen in dem nördlichen Mittelstaat noch kein volles Behagen im Innern aufkommen, so angenehm man auch den Gegensatz zwischen Hammerstein und Borries, zwischen Erxleben und Kielmansegge, zwischen Lichtenberg und Bothmer empfindet, und so wenig man gewillt ist, einem versöhnlichen Entgegenkommen der neuen Minister gegenüber lediglich ablehnend aufzutreten.

Die schwache Seite der Regierung ist ihre großdeutsche particularistische Politik in vaterländischen Fragen. Aber diese wird jetzt einigermaßen gedeckt

durch die mindestens zeitweilige Lücke, welche Preußens Verfinsterung in das Programm des Nationalvereins gerissen hat. Es ist sonst durchaus nicht zufällig, daß Hannover sich gleich an den ersten Anfängen dieses Vereins hervorragend betheiligte und ihm seinen Präsidenten geliefert hat. In Hannover hatte sich, von Stüve verführt, ein großer Theil der Bevölkerung eingebildet, das Ereigniß von 1837 könne sich nicht wiederholen, und der allgemeine Umsturz der 1848 errungenen Volksrechte werde an ihrem Lande unschädlich vorübergehen. Die Enttäuschung, welche 1855 eintrat, war gründlich. Aber vollständig war auch ihre Wirkung. Das Gefühl der Abhängigkeit vom übrigen Deutschland, die Schicksalsgemeinschaft mit allen andern deutschen Stämmen war bereits allgemein geworden, als die Aufregung des Jahrs 1859 Gelegenheit gab demselben Ausdruck und Folge zu geben. Es war deswegen kein Wunder, wenn hannoversche Vaterlandsfreunde sich dem Versuch, durch friedliche und gesegliche Agitation mit der Begründung der nationalen Einheit zugleich die verfassungsmäßige Freiheit sicherzustellen, mit besonderer Wärme und Ausdauer hingaben. Da sie kein Stammesvorurtheil gegen ihre preußischen Nachbarn zu überwinden hatten, so nahmen sie auch an der bevorzugten Stellung keinen Anstoß, welche das einmal gegebene Verhältniß der Macht der Dynastie Hohenzollern im künftigen deutschen Reiche einzuräumen nöthigte. Die Dynastie Hohenzollern setzt indessen die Geduld des deutschen Volks auf eine harte Probe; und es wird sich fragen, ob man im Zeitalter der Eisenbahnen und Telegraphen so lange auf sie warten mag, als es dauert, bis sie ihre Zeit und Umgebung einigermaßen begriffen hat. Es fragt sich ferner, ob die bis jetzt betrogene Rechnung auf sie das Reformstreben des Nationalvereins nicht überhaupt hoffnungslos macht, und ob sich in Folge dessen nicht die Bevölkerung selbst in sonst zugänglichen Gegenden von demselben abwenden wird. Dies ist die wichtigste Frage unter denen, über welche der Ausgang des hannoverschen Wahlkampfes entscheiden wird. Es liegt auf der Hand, daß das Zusammentreffen der preußischen Krisis mit einem leidlich liberalen Regiment im Innern der hannoverschen Fortschrittspartei ihre Aufgabe so gut erschwert wie das in Bayern der Fall gewesen ist und nur in Nassau Dank der hartnäckigen Verblendung des Fürsten hintangehalten wird.

Indessen darf man nicht glauben, daß ein etwaiger politischer Bankerott des Nationalvereins in Hannover schon gleichbedeutend sein würde mit der Herrschaft der particularistischen großdeutschen Richtung. Die Koryphäen des Nationalvereins sind hier auch seit Jahren die anerkannten und beliebten Führer des activen Liberalismus, von denen man nicht abfallen, mit denen man vielmehr gemeinschaftlich alsdann neue Ziele sich stecken und aufsuchen würde. Etwas Anderes wäre es vielleicht, wenn der König sich entschlossen hätte oder noch entschließen könnte, der Freiheit im Innern alle überhaupt populären Zu-

geständnisse zu machen, um die Behauptung seiner vollen Souveränität auf die Dankbarkeit und Liebe der Bevölkerung zu stützen. Aber das ist weder von Georgs des Fünften Charakter und Denkweise noch von seiner augenblicklichen Lage zu erwarten. So umfassenden Ansichten ist sein aufs Detail gerichteter Geist nicht zugänglich, und er schätzt das unumschränkte Belieben zu sehr, als daß er sich desselben ohne handgreifliche Noth entäußern sollte. Insbesondere wird er derjenigen Maßregel, welche von allen vielleicht am nothwendigsten dazu gehören würde, um das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen, der Auslieferung der durch den Grafen Borries für ihn ausgeschiedenen Domänen, nur unter dem äußersten Druck der Umstände seine Zustimmung geben. Die Ausscheidung gewährt ihm rund 200,000 Thaler jährlich mehr als seine frühere Civilliste betrug, und muß bei den angenommenen niedrigen Berechnungsmaßstäben noch fortwährend im Werthe steigen — kein Wunder, wenn das Land sie ebenso unbedingt rückgängig gemacht zu sehen verlangt, wie der König sie bei dem zerrütteten Haushalt des Hofes nicht missen mag. Für den letzteren zeugt es, daß man zu Anfang dieses Jahres schon von den Einnahmen des Jahres 1864 zehrte. Und das bei einer erst kürzlich eingetretenen Erhöhung der Einkünfte um dreißig Procent oder mehr! Der neue Hausminister, Herr v. Malorstie, ist zwar als ein sparsamer Wirth bekannt, während Graf Kielmansegge das ihm anvertraute fremde Vermögen nicht weniger leichtsinnig verwaltete als sein eigenes; aber ob er im Stande sein wird, den vorhandenen Trieben zur Verschwendung wirksam zu steuern, muß erst die Erfahrung lehren. Stemmt sich hier also anscheinend sogar das Interesse des Königs gegen das, was zu einer vollkommenen Ausöhnung mit seinem Volke erforderlich wäre, so werden die übrigen Forderungen des in der öffentlichen Meinung jetzt allmächtigen Liberalismus sich an seinem zur Einmischung und Unumschränktheit neigenden Sinn stoßen. Die Beeinträchtigungen der Gemeindefreiheit gibt er vielleicht preis, aber aus den „königlichen Dienern“, wenn auch nicht dem Namen, so doch den Rechten und Pflichten nach wieder Staatsdiener werden zu lassen, wird ihm einen schweren innern Kampf kosten. Dasselbe wird es mit den wieder abzustellenden Uebergriffen der Verwaltung in der Sphäre der Rechtspflege sein und mit vielem Andern. Zugeständnisse, die ein anderer einmal zum Nachgeben aufgelegter Monarch ohne alle Schwierigkeit sich selber abgewinnt, werden ihm als ebenso viele neue Erniedrigungen unter den geringgeschätzten Willen von Unterthanen erscheinen.

Dies Alles aber um so mehr, als er an der ersten Kammer eine nie fehlende Stütze für sein Non possumus haben wird. Der in dieser allein vertretene Adel, der dem mecklenburgischen und preussischen Junkerthum an gemeiner Selbstsucht wenig nachgibt, ist bisher nur durch die unmittelbare Angst vor der Revolution zur Nachgiebigkeit zu bringen gewesen. Den Reformministerien

Stüve, Münchhausen und Schele hat er einen trügen Troß entgegengesetzt, der 1855 die Regierung zum Staatsfrevler hindrängte und jetzt voraussichtlich das Volk zur Aufnahme des Verfassungskampfes nöthigen wird. Um der armen und auf die Staatspfünden angewiesenen hannoverschen Ritterschaft etwas abzugewinnen, müßten die neuen Minister Männer von ganz anderer Energie und Stellung sein, als sie sind. Sie werden also auf die Dauer schwerlich im Stande sein das Land von dem Entschlusse abzuhalten, von der aussichtslosen Reform der jetzigen octroyirten Verfassung überzugehen zur Zurückforderung der widerrechtlich aufgehobenen Verfassung von 1848. Man wird ihnen eine Frist zu ihrem Experiment gönnen; wäre es auch nur um die ganze Bevölkerung mit der Ueberzeugung zu durchdringen, daß nur der Verfassungskampf überhaupt Erfolge verspricht. Aber da man Preußens Beispiel vor Augen hat, so werden wenigstens die denkenden Köpfe an diesen Versuch von vornherein mit einem Mißtrauen herantreten, das falsche Hingebung, damit eine Verlängerung des nicht zum Ziele führenden Weges, und die Zeit und Kraft raubende Umbildung der liberalen Partei erspart. So werden die nicht zu überspringenden Stufen mindestens ungleich rascher und sicherer, als in Preußen zurückgelegt werden.

Indem die Liberalen sich also vorbehalten, im Nothfall auf die noch immer zu Recht bestehende Verfassung von 1848 zurückzugreifen, werden sie das Ministerium in allen vernünftigen Reformen unterstützen, welche es seinerseits in Vorschlag bringen mag, und etwaige Lücken durch eigne Initiative ergänzen. Sie werden der Regierung also nicht im Voraus eine scharfe und unerbittliche Opposition ankündigen, wohl aber als eine vollkommen unabhängige Volkspartei zu einer solchen sich bereit halten, wosern die Regierung dieselbe durch verkehrtes Thun oder auch durch Nichtsthun herausfordert. Auf dieser Grundlage die Mehrzahl der wählenden Bevölkerung zu sammeln, kann bei einiger der Bedeutung der Stunde angemessener Thätigkeit und Beweglichkeit nicht schwer halten. Das Ministerium hat zwar die Vermuthung des guten Willens erweckt, aber es fehlt ihm nicht nur an Vertrauen zu seiner Energie in der Ueberwindung höfischen und ritterschaftlichen Widerstandes, sondern auch an Namen von alter und allgemeiner Popularität. Der Justizminister Windthorst ist von den Exministern, welche 1856 die Opposition gegen Bories führten, zwar der rührigste und gewandteste, aber auch der, welchem man durchweg am wenigsten traut. Sein sehr hervortretender unruhiger Ehrgeiz und seine ultramontanen Verbindungen verhindern, daß er über einige katholische Kreise hinaus Anhang im Lande gewinne. Den katholischen Politikern freilich ist er schon als Minister ihrer Confession — eine von Georg dem Fünften eingeführte Neuerung in dem altprotestantischen Lande Hannover — ein Gegenstand der Verehrung und des unbedingten Gehorsams; aber deren Einfluß reicht nicht weit. Herr

v. Hammerstein erfreut sich der Liebe seiner vormaligen Amtzeingefessenen, aber über diesen kleinen Kreis hinaus ist er kaum bekannt. Auch den Cultusminister Lichtenberg kennen nur die eigentlichen politischen Kreise als einen wohlgesinnten ängstlichen Ehrenmann; den erregten protestantischen Massen hat er eher Anstoß gegeben durch die vermittelnde Thätigkeit im Kirchenstreit, welche er bisher zu entwickeln hatte. Den neuen Finanzminister Exleben kannten vor seiner Ernennung nicht einmal die Politiker. Bleiben der Graf Platen im auswärtigen Amt und der „dauerhafte“ Kriegsminister von Brandis, die als Mitschuldige des Systems Borries-Nielmansegge natürlich nicht dazu beitragen, dem Ministerium Popularität zu verschaffen. Nun scheint es freilich, daß dasselbe bei den Wahlen auch auf den Einfluß der übrigen Exminister rechnet. Stüves Collegen Braun haben sie zum Landdrosten in Stade gemacht — den Grafen Bennigsen wenigstens zum königlichen Commissär bei der internationalen landwirthschaftlichen Ausstellung in Hamburg. Liberal und großdeutsch-particularistisch, wie sie sind, haben sie Ansprüche auf Stüves Unterstützung, den keine Erfahrung hat zum Deutschen erziehen können, sondern der immer noch in erster Linie Osnabrücker und in zweiter lediglich Hannoveraner ist. Sollte diese Verbindung noch rechtzeitig in verständlichen Zeichen an die Oeffentlichkeit treten, so hätte die Fortschrittspartei allerdings den Nachhall der Verdienste gegen sich, welche jene Männer sich in früherer Zeit um das Land erworben haben. Allein auch dieses Hinderniß würde sie überwinden; es ist doch allenthalben ein starkes Gefühl von der Unfähigkeit dieser altliberalen Größen verbreitet, der wachsenden Schwierigkeiten und ganz neuen Verwickelungen der Lage Herr zu werden.

Zwei starke Strömungen auf Nebengebieten der eigentlichen Politik unterstützen die Fortschrittspartei: die handelspolitische und die kirchliche. Was die erstere betrifft, so ist die Gefahr des Zollvereins zwar noch zu entfernt, um die Gemüther schon in ihren Tiefen aufzuregen. Zum Theil deswegen werden — in Hannover wie in Bayern — die Wahlen so früh ausgeschrieben worden sein. Allein auch von den Handelsverträgen mit Frankreich und Belgien hat das Land nur Vortheil zu erwarten. Dies steht so fest, daß der großdeutsche Parteihauptling v. Rössing im vorigen Herbst in Frankfurt bekanntlich geradezu erklärte, Hannover würde mit der Verwerfung des „Franzosenvertrags“ seinen großdeutschen Freunden ein Opfer bringen, und daß die Regierung selbst sich nicht getraut, ihre Abneigung gegen den Vertrag auf angebliche Landesinteressen zu stützen. Dies zu thun blieb der komischen Figur des hauptstädtischen großdeutschen Vereins vorbehalten, einem gewissen Dr. Bärens, der den bremischen Landwirthen, als sie sich für den Vertrag aussprachen, zurief, sie wollten also französische Cinquartirung haben? Die Agitation zu Gunsten des Handelsvertrags und des durch dessen Verwerfung bedrohten Zollvereins wird jetzt mit allem Ernst ins Werk gesetzt werden, und es ist nicht zu bezweifeln, daß sie

der Fortschrittspartei eine namhafte Zahl von Wählern, Wahlmännern und sachkundigen Abgeordneten zuführen wird.

Noch größere Hoffnungen darf die Fortschrittspartei auf den Zuwachs gründen, welchen sie aus der kirchlichen Bewegung ziehen wird. Sie ist in der Lage, sich die Beschlüsse der celler Versammlung vom 22. April einfach aneignen zu können — Beschlüsse, welche in jedem Dorfe des Königreichs ihren Widerhall gefunden haben. Damit strömen ihr Anhänger zu, welche keine politische Frage, selbst die höchst unpopuläre Ausscheidung des Kronguts nicht, ihr erwerben würde. In den Geistlichen, welche an der Spitze dieser Bewegung marschiren, hat sie Agitatoren von so viel Einfluß als Eifer, auch wenn dieselben auf ihr Amt alle die Rücksicht nehmen, welche sich ziemt. Die Großdeutschen, zum guten Theil aus „Papisten“ bestehend, andrerseits mit einem hierarchisch gesinnten König an der Spitze und mit der orthodoxen Geistlichkeit im Bunde, sind nicht im Stande, sich von allen diesen Vortheilen das Geringste anzueignen. Sie müßten geschehen lassen, daß aller Orten im Namen des echten protestantischen Glaubens für ihre Gegner geworben wird.

Sogar auf dem Felde der eigentlichen Politik ist nicht Alles, was die äußeren Umstände angeht, wider die Fortschrittspartei. Es kommt ihr zu Statten, daß die Regierung und ihr folgend der hannoversche großdeutsche Verein sich in ein falsches Verhältniß zur schleswig-holsteinischen Frage verhasst haben. Die erstere glaubte wohl besondern Dank dafür zu ernten, daß sie so rasch bei der Hand war, Maßregeln gegen Dänemark beim Bunde zu beantragen; aber ihr Interesse für den dänischen Gesamtstaat, eingegeben durch die Connexionen zwischen dem Minister Platen und der holsteinischen Aristokratie, ist wenig mehr geeignet, die tieferregte öffentliche Stimmung zu befriedigen. Wenn die Fortschrittspartei nur einige Wärme für die Sache Schleswig-Holsteins entwickelt, wird auch die alte Popularität dieser Angelegenheit ihren Candidaten zu Gute kommen. Und das ist bei R. v. Bennigsens auf das Ganze gerichteten Sinn in Hannover am wenigsten zu bezweifeln.

So erwarten wir zwar eine immerhin heiße und wechselvolle, aber eine siegreiche Wahlschlacht.